

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Yes, he can: Joachim Gauck for president

In einer bewegenden Rede auf der Spargelfahrt des Seeheimer Kreises (Foto) warb Joachim Gauck für ein „erwachsenes Verständnis von Freiheit“, für das er sich Zeit seines Lebens eingesetzt hat. Die Botschaft des langanhaltenden Applauses der rund 600 Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien war klar: auch auf der Seeheim-Spargelfahrt wünscht man sich nichts mehr, als dass Joachim Gauck dieses Engagement im Amt des Bundespräsidenten fortsetzen kann. Rechnerisch hat das schwarz-gelbe Lager eine klare Mehrheit in der Bundesversammlung, die am 30. Juni den neuen Bundespräsidenten wählen wird. Täglich wächst aber die Unterstützung für Joachim Gauck – parteiübergreifend. Der Kandidat ist Realist und „kann immer noch zählen“, sagt Joachim Gauck. Nach vielen Gesprächen in den Landtagen mit Wahlfrauen und -männern „rechnet er aber ein bisschen fröhlicher“ Gleichzeitig wachsen die Zweifel an der Fähigkeit des schwarz-gelben Kandidaten, Christian Wulff, das Amt überparteilich ausüben zu können. Zuletzt hatte unter anderem auch der ehemalige CDU-Politiker Kurt Biedenkopf dies in Frage gestellt. Die Koalition vermittelt den Eindruck, die Wahl des Niedersachsen sei gleichzeitig entscheidend für das Fortbestehen der Regierung. Damit sei die Würde des Amtes gefährdet,



Joachim Gauck (rechts) warb in seiner Rede auf der Seeheimer Spargelfahrt für ein „erwachsenes Verständnis von Freiheit“.
Foto: Christian Kiel

warnte Biedenkopf und fordert alle Parteien dazu auf, keine Abstimmungs-Empfehlung für die Wahl in der Bundesversammlung zu formulieren. Indes wächst die Unterstützung für Gauck auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Eindrucksvoll dokumentiert ist dies auf verschiedenen Internetplattformen. Inzwischen ist die Pro-Gauck-Bewegung auch vom Netz auf die Straße gewechselt. So finden in immer mehr Städten bundesweit „Wir für Gauck“-Demonstration statt. Auch viele Persönlichkeiten aus dem kultu-

rellen Leben haben einen Aufruf zu Gunsten von Joachim Gauck als parteilosen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten unterschrieben. Zu den Unterzeichnenden gehören zum Beispiel: F. C. Delius, Daniel Kehlmann, Necla Kelek, Monika Maron oder auch Herbert Grönemeyer. In einem weiteren Aufruf machen sich DDR-Bürgerrechtlicher, Schriftsteller und Historiker für die Kandidatur Joachim Gaucks stark. In ihrem Aufruf heißt es: „Keiner verkörpert den Geist der Freiheit mehr

als Joachim Gauck. Er ist Versöhner, Einheitsstifter und Mahner.“ Gauck sei ein „überzeugter Demokrat, der nicht im Verdacht steht, sich politisch instrumentalieren zu lassen“. Der Aufruf wurde von 76 Erstunterzeichnern unterschrieben, darunter Schriftsteller Uwe Tellkamp und Liedermacher Stephan Krawczyk. Mit Spannung erwartet wird jetzt die öffentliche Grundsatzrede Joachim Gaucks am 22. Juni im Deutschen Theater zum Thema „Freiheit – Verantwortung – Gemeinsinn“.

Sparpaket der Bundesregierung: Ohne soziale Balance

Die schwarz-gelbe Koalition hat am 7. Juni ein Papier mit zahlreichen Ankündigungen für Sparmaßnahmen vorgestellt. Was Merkel und Westerwelle nach wochenlangem Streit produziert haben, wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Schwarz-Gelb zeigt kein Krisenbewusstsein und leitet keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Es fehlen weiterhin eine Wachstumsstrategie für unser Land und der Mut, Deutschland gerechter zu gestalten.

Union und FDP fallen beim Thema Sparen als erstes Arbeitslose und Familien ein. Die sollen jetzt für die schwarz-gelbe Klientelpolitik zahlen. Die Koalitionäre haben sich dabei selbst als besonders mutig gelobt. Dieses Pfeifen im Walde sollte immer misstrauisch machen. Denn nichts von dem, was angekündigt wurde, ist bisher politisch durchgesetzt. Zudem bleiben überall offene Fragen, wie die in Tabellen zusammenaddierten Milliarden-Summen tatsächlich erbracht werden sollen. Angesichts dieser beschämenden Orientierungslosigkeit und Ungerechtigkeit kämpft die SPD für eine neue soziale Ordnung. Wir wollen einen neuen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Ein sozialer Ausgleich, der auch Spitzenverdiener und Vermögende steuerlich angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt. Ein Pakt des Zusammenhalts, der vor allem das Kapital als Verursacher der Krise nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der Gesellschaft entlässt.

Mutlos und voller Luftbuchungen

Die Vorschläge sind schwammig und vage gerade dort, wo wirtschaftlich Starke und Gewinner der Krise herangezogen werden sollen. Beispiel „Beteiligung“ der Banken: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine Sonderabgabe für einen Branchen-

fonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt. Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt, und es ist schleierhaft, woher die angekündigten 2 Milliarden Euro Mehreinnahmen ab 2012 kommen sollen. Eine klassische Luftbuchung. Das Ergebnis der Regierungsklausur ist äußerst dürrtig und sozial höchst unausgewogen:

- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie die notwendigen Verbesserungen im deutschen Bildungswesen finanziert werden.
- Auch nach der Klausur bleibt völlig unklar, wie der Bundesbeitrag zur Rettung der deutschen Kommunen auch und gerade in der kurzen Frist aussieht.
- An keiner Stelle werden Reichen und Wohlhabenden Konsolidierungsbeiträge abverlangt.
- Das Konsolidierungspaket der Regierung tut nichts für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Krise.
- Das Paket ist in seinem Volumen künstlich hochgerechnet: Luftbuchungen und Hoffnungswerte gehen vor allem in den Jahren 2013 und 2014 in die Milliarden.

Das heißt: Das vorgelegte Paket wird nicht reichen, die Konsolidierungsvorgaben des Grundgesetzes („Schuldenbremse“) einzuhalten. Weitere Sparpakete werden folgen müssen.

Unsere Position: Konsolidieren mit Kompass

Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen müssen und können seriös finanziert werden. Erste Schritte nach unseren Vorstellungen dazu sind:

- Klientelgeschenke ohne Wachstumswirkung zurücknehmen. Die von Schwarz-Gelb im sog. „Wachstums-

beschleunigungsgesetz“ an Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne beschlossenen Steuerprivilegien sind zurückzunehmen. Dies ist die Gretchenfrage der haushaltspolitischen Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. Einnahmeverbesserungen von 5,6 Milliarden Euro (für den Bund 1,8 Milliarden Euro).

- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft. Besteuerung von Brennelementen mit Einnahmeverbesserungen von mindestens 2,5 Milliarden Euro jährlich. Übertragung der Kosten für die Sanierung der Atomülllager Asse und Morsleben auf die Urheber der eingelagerten Mengen mit Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro.
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Die Einführung des Mindestlohns dämmt Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers ein. So kann man Subventionen abbauen, den Sozialstaat vor Missbrauch schützen und die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen. (Auskunft BMAS vom Oktober 2008 bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro). Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen und eine Steigerung der Arbeitnehmerentgelte (laut Studie des IAT von 2006 für einen Mindestlohn von 7,50 Euro).
- Zur Bewältigung der Krisenlasten in den öffentlichen Haushalten müssen die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten ihren Beitrag leisten: Einführung einer Finanztransaktionssteuer zumindest auf europäischer Ebene. Einnahmeverbesserungen von rund

12 Milliarden Euro.

- Stärkere Beteiligung großer Einkommen und Vermögen. Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und stärkere steuerliche Beteiligung großer Vermögen. Einnahmeverbesserungen je nach Ausgestaltung von mindestens 5-10 Milliarden Euro jährlich, von denen der Anteil der Vermögensbesteuerung allein den Ländern zugute käme.

Schwarz-gelbes Sparpaket ist unfair und gefährlich

Die Forscher des DIW belegen: Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten nehmen zu. Wir haben immer mehr Reiche, die immer reicher werden, und wir haben immer mehr Arme, die immer ärmer werden. Angst vor Abstieg und Statusverlust sind bis weit in die Mittelschicht verbreitet. Auch die Wissenschaftler vom DIW erkennen, dass das Sparpaket der Bundesregierung die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen wird. Mit einer solchen Politik sehen die Wissenschaftler auf Dauer die gesellschaftliche Stabilität gefährdet. Die Studie ist damit ein weiteres großes Stoppschild für die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung. Dass es auch anders geht, zeigt das Lob der Wissenschaftler für die erfolgreiche Krisenpolitik, die die SPD in der letzten Bundesregierung durchgesetzt hat. Die Abfederung der Wirtschafts- und Finanzkrise hat eine weitere Polarisierung bei den Einkommen verhindert, da wir mit zwei Konjunkturpaketen und der verbesserten Kurzarbeit mehrere hunderttausend Beschäftigte in Arbeit gehalten haben. Statt einseitiger schwarz-gelber Klientelpolitik gegen die Schwächsten der Gesellschaft muss jetzt ein ausgewogeneres Konzept zur Haushalts-Konsolidierung her.

Seeheimer Spargelfahrt ein voller Erfolg

Bei sommerlichen Temperaturen sind die Bundestagsabgeordneten des Seeheimer Kreises mit vielen Gästen kürzlich zur 49. Spargelfahrt in den Wannensee gestochen. Mit an Bord, der Präsidentschaftskandidat Joachim Gauck, Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder, der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel. „Der Abend hätte schöner kaum sein können“, so die Seeheim-Sprecher Garrelt Duin, Petra Ernstberger und Johannes Kahrs im Einklang. Die Seeheim-Spargelfahrt war damit auch in diesem Jahr wieder ein Riesenerfolg.



Reform der Jobcenter

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Jobcenter vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die ARGEn Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Jobcenter verhandelt, der sehr nah an ihren ursprünglichen Forderungen liegt.

Die gesetzliche Neuregelung ermöglicht es, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Gegen den Willen von Schwarz-Gelb, die in ihrer Koalitionsvereinbarung die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen hatten, können die ARGEn jetzt grundgesetzlich abgesichert und als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit weitergeführt werden. Das neue Jobcenter ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitsuchenden. Die derzeit bestehenden 69 Optionskommunen, die die Betreu-

ung in eigener Regie wahrnehmen, werden entfristet. Zudem sollen in begrenztem Umfang weitere Optionen ermöglicht werden. Insgesamt soll die kommunale Trägerschaft nicht mehr als 25 Prozent der Aufgabenträger im Bundesgebiet umfassen (inkl. der bestehenden 69 also insgesamt 110 Optionskommunen).

Der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern wird weiter verbessert. Dies gilt auch für die Optionskommunen. Hier konnte sich die SPD mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Die entsprechende Betreuungsrelation wird gesetzlich verankert. Als Festlegung für den Schlüssel sind vorgesehen: Ein Arbeitsvermittler für 75 erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren und ein Arbeitsvermittler für 150 Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Diese gesetzliche Festlegung stärkt die individuelle Betreuung und verbessert die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder in Arbeit zu kommen. Mit einem Änderungsantrag wurden gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf noch zwei Punkte geändert. Zum

einen soll das letzte Wort bei der Feststellung der Erwerbsfähigkeit eines Hilfebedürftigen nun nicht mehr der Medizinische Dienst der Krankenkassen haben, sondern die Rentenversicherung. Zum anderen wurden Übergangsfristen verändert. Leistungsträger, die bisher ihre Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende getrennt wahrnehmen, also nicht in Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (ARGEn), haben nun bis 31.12.2011 Zeit, sich zu entscheiden, ob sie sich in ARGEn umwandeln wollen oder in sogenannten Optionskommunen, also kommunale Träger, die Langzeitarbeitslose in Eigenregie betreuen. Darüber hinaus soll der Begriff „Jobcenter“ künftig für alle Träger der Grundsicherung, auch die Optionskommunen, verwendet werden.

Gemeinsamer Entschließungsantrag

Zusätzlich hat die SPD-Fraktion, gemeinsam mit den Fraktionen der CDU/CSU und FDP einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem festgestellt wird:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat.
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können.
- dass die Zahl der Optionskommunen bezogen auf die bestehende Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet bis zu einem Viertel betragen kann.

Verbundausbildung ermöglicht benachteiligten Jugendlichen einen guten Start ins Berufsleben

Garrelt Duin besuchte kürzlich den Verein „Verbund Ausbildung Ostfriesland (VAO) e.V.“ in der Kreishandwerkerschaft in Norden.

„Die Verbundausbildung ermöglicht benachteiligten Jugendlichen einen guten Start ins Berufsleben und verbessert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Duin bei seinem Besuch. „Das Modell der Verbundausbildung ist erfolgversprechend. Die Jugendlichen erfahren stärker als in der schulischen Ausbildung die betrieblichen und sozialen Zusammenhänge.“ Im VAO sind Organisationen wie die Arbeitsagentur, die ARGE, die Kammern oder die Gewerkschaften unter einem Dach vereint. So konnten seit Herbst 2005 mehr als 400 zusätzliche Ausbildungsstellen für benachteiligte Jugendliche in ganz Ostfriesland geschaffen werden. „Wir übernehmen alles für die Betriebe“, sagte Stefan Rammelmann, VAO-Koordinator. „Das Unternehmen zahlt eine monatliche Pau-



Nikola Tiza (Praktikant), Garrelt Duin, Andrea Eberhardt und Stefan Rammelmann.

schale an den Verein. Die Jugendlichen erhalten von uns über ihren eigenen Bedarf ausbilden möchten, arbeiten eng zusammen. „Ein überzeugendes Konzept, das dazu geeignet ist, das Ausbildungsangebot in der Region weiter zu verbessern“, so Duin. Seit 2006 übernehmen zudem lebenserfahrene Paten ehrenamtlich die Betreuung von Betrieben, die

allein nicht ausbilden können über ihren eigenen Bedarf ausbilden möchten, arbeiten eng zusammen. „Ein überzeugendes Konzept, das dazu geeignet ist, das Ausbildungsangebot in der Region weiter zu verbessern“, so Duin. Seit 2006 übernehmen zudem lebenserfahrene Paten ehrenamtlich die Betreuung von

zwei bis drei Schülern beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. „Dadurch wird die individuelle Ausbildungsreife deutlich. Das hilft den Unternehmen sehr“, unterstützt der SPD-Politiker diese Herangehensweise. Der Verein finanziert sich vorwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und durch Fördergelder für einzelne Projekte, z.B. aus Mitteln des Bundes oder der EU. „Dieses Geld reicht aber nicht aus, um die Arbeit für die benachteiligten Jugendlichen langfristig in der Region zu sichern und weiterzuentwickeln“, sagte Stefan Rammelmann. Aus diesem Grund gründete der Verein in diesem Jahr die Stiftung BoJe („Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche“).

Garrelt Duin sicherte dem VAO seine Unterstützung zu. „Ich werde Sie gerne bei diesem so wichtigen Vorhaben unterstützen, um für die Stiftung in der Wirtschaft zu werben. Wir müssen allen Jugendlichen eine faire Chance geben“, so der SPD-Abgeordnete.

Sozialwerk Nazareth leistet unverzichtbaren Dienst

Garrelt Duin besuchte auf Einladung des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Roman Sievert das Sozialwerk Nazareth e.V. in Norddeich. „Die Vermittlung von Grundwerten in der Familie muss wieder eine tragende Rolle spielen“, so Duin bei seinem Besuch. „Die Politik kann dabei nur den Rahmen setzen. Wir müssen darauf achten, dass Einrichtungen wie das Sozialwerk Nazareth ihrer wichtigen Arbeit zur Erreichung des gemeinsamen Ziels möglichst ungehindert nachgehen können.“ Die Stärkung der Familie und die Verbesserung der Zukunftsaussichten von Kindern und Jugendlichen steht seit den Anfängen im Jahr 1977 im Zentrum der Arbeit des Hauses. Ein wichtiger Bestandteil sind die Mutter-Kind-Kuren, die zur Zeit von etwa 40 Müttern mit insgesamt rund 70 Kindern genutzt werden. „Uns ist die Persönlichkeit des Individuums wichtig“, sagte Dr. Michel Lavanchy, stell-



Dr. Michel Lavanchy, Roman Sievert, Ingrid Wilharm (Chefsekretärin), Garrelt Duin, MdB, Johann Rabenstein (Verwaltungsleiter) und Dr. Arndt Grupe.

vertretender Geschäftsführer des Sozialwerks Nazareth. Besonders beeindruckt zeigte sich Garrelt Duin über die Arbeit des Hauses mit Flüchtlingskindern. Für unbegleitete minderjährige Kinder ist das Sozialwerk Nazareth die Clearingstelle für das ganze Land Niedersachsen. Zur Zeit befinden sich 36 Kinder aus 11 verschiedenen Nationen in der Einrichtung. Insgesamt hat das

Haus Nazareth bereits mehr als 500 unbegleitete Flüchtlingskinder betreut, in den ersten Jahren vornehmlich aus Vietnam, heute hauptsächlich aus Afghanistan, dem Iran und dem Irak. Roman Sievert forderte eine intelligente Einwanderungspolitik in Deutschland. „Rund 18 Millionen Menschen sind in Deutschland, die nicht wissen, ob sie bleiben können.“ Gerade vor der demografischen Entwicklung sei es jedoch wichtig auch den Blick auf den Arbeitsmarkt zu richten. Eine weitere wichtige Arbeit des Sozialwerks Nazareth bildet neben der Seniorenarbeit und der Kindertagesstätte die Jugendhilfe, insbesondere für junge Mütter und ihre Kinder. „Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung, allen jungen Menschen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen“, so Garrelt Duin. „Auch hier leistet das Sozialwerk Nazareth einen unverzichtbaren Dienst.“



Am vergangenen Mittwoch verabschiedete der Seeheimer Kreis Reinhold Robbe und Klaas Hübner. Rund 50 Abgeordnete und politische Weggefährten waren in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft gekommen, um den beiden altgedienten Seeheimern für ihr großes und verdienstvolles Engagement über mehrere Legislaturperioden hinweg zu danken.

Foto: Christian Kiel

Termine

- **Mittwoch, 23. Juni 2010**
Eröffnung des Zeltlagers der Ostfriesischen Jugendfeuerwehren, Ardorf
- **24. - 26. Juni 2010**
Delegationsreise nach Wien
- **28. Juni - 2. Juli 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- **Mittwoch, 30. Juni 2010**
14. Bundesversammlung und Wahl des Bundespräsidenten, Berlin
- **5. - 9. Juli 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin



„Verantwortungsvolles Wirtschaften zwischen Kontinuität und Krise“

Zum dritten Mal veranstalteten am 1. Juni 2010 die Magazine "politik&kommunikation" und "pressesprecher" das Globale Wirtschafts- und Ethikforum (GWEF), diesmal im Ernst-Reuter-Haus in Berlin. Unter dem Titel „Verantwortungsvolles Wirtschaften zwischen Kontinuität und Krise“ diskutierten auch in diesem Jahr wieder Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Corporate Responsibility (CR). Wie steht es um das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zwischen Nachhaltigkeit und krisenbedingtem Sparzwang? Haben die ausgefeilten, langfristigen CR-Konzepte den Härtestest der Wirtschaftskrise überdauert - eventuell sogar ihren Beitrag zur Krisenbewältigung beigetragen? Sind messbare ökonomische Erfolge tatsächlich zur Grundvoraussetzung für den langfristigen Bestand von CR-Konzepten geworden? Garrelt Duin nahm an der Podiumsdiskussion teil. Unter www.garreltduin.de können Sie die Diskussion anschauen.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de